

Herausgegeben vom

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Referat „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“

Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn

Tel.: 0228 / 535-3774/5
Fax: 0228 / 535-3985
e-mail: poststelle@bmz.bund.de
homepage: <http://www.bmz.de>

Endredaktion: Christina Popović
Redaktion: Christian Wilmsen
verantwortlich: Christian Wilmsen

Juni 2002

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Ministerin.....	5
1. Vorbemerkungen zur Gliederung und zu den verwandten Begriffen	6
2. Die Grundlagen der Entwicklungspolitik der Bundesregierung.....	6
3. Die Oberziele der Entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit des BMZ.....	8
4. Die wichtigsten Auswahl Gesichtspunkte für die Lernzielbestimmung und Themenauswahl	8
4.1 Ein elementares Wissensgerüst schaffen helfen!.....	8
4.2 Die Fragen der Bürgerinnen und Bürger als Auftrag verstehen!.....	9
4.3 Wissensdefizite so stark wie möglich korrigieren!	9
5. Die zentralen Aussagen der BMZ-Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit, die zu einem elementaren Wissensgerüst beitragen sollen.....	10
6. Wichtige didaktische Grundsätze der BMZ-Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit	11
7. Prioritäre Zielgruppen	12
8. Anlagen	13
Anlage 1: Einzelkonzept für die Produktion von audio-visuellen und Printmedien	13
Anhang zur Anlage 1: Publikationsmöglichkeiten durch das Referat 114 „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“	17
Anlage 2: Einzelkonzept für den Einsatz der Mittel aus dem BMZ-Titel 684 01 (Entwicklungspolitische Bildungsarbeit)	18

Vorwort

Entwicklungspolitik kann auf Dauer nur erfolgreich sein und dazu beitragen, die Globalisierung menschenwürdig und nachhaltig zu gestalten, wenn es in der breiten Bevölkerung Unterstützung für sie gibt. Dies setzt das Verständnis entwicklungspolitischer Zusammenhänge voraus.

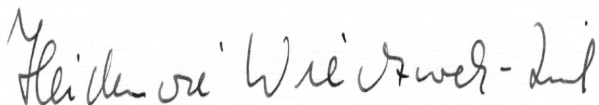
Mit seiner entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zielt das BMZ darauf ab, den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland die komplexe Realität in der Einen Welt nahe zu bringen. Hierfür haben sich die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland seit 1998 deutlich verbessert.

Die Entwicklungspolitische Inlandsarbeit wurde gestärkt. Die neue Gesellschaft InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH), die aus der Fusion von CDG und DSE hervorgehen wird, erhielt diesen Bereich als zusätzliches Geschäftsfeld. Ende 2001 eröffnete ich gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder, Kommunen und Nichtregierungsorganisationen die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ mit Sitz in Bonn. Seit Oktober 2001 ist Deutschland Mitglied des Nord-Süd-Zentrums des Europarats.

Auch finanziell wurde die Entwicklungspolitische Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit aufgewertet. Der Deutsche Bundestag erhöhte den entsprechenden BMZ-Titel von 4,2 Millionen DM im Jahr 1998 auf 7,9 Millionen DM im Jahr 2002. Das sind rund 90 Prozent. Und für 2003 ist eine weitere Steigerung um 39,7 Prozent auf 6,69 Millionen Euro vorgesehen.

Schließlich wurden in den Jahren 1999 und 2002 die konzeptionellen Grundlagen ausgeweitet und präzisiert.

Diese Konzepte möchte ich Ihnen vorstellen.



Heidemarie Wiczorek-Zeul

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Vorbemerkungen zur Gliederung und zu den verwandten Begriffen

Dieses Rahmenkonzept bildet die Grundlage für die Einzelkonzepte des BMZ, die in den Anlagen enthalten sind. Es zieht die Fragen „vor die Klammer“, die nicht in allen Einzelkonzepten wiederholt werden sollen. Eine Ausnahme stellt das BMZ-Konzept für die Zuwendungen an Dritte aus dem Titel 684 01 (Förderung der Entwicklungspolitischen Bildung) dar. Es ist ausführlicher gehalten, weil es auch getrennt abgegeben wird.

Den Begriff „Informationsarbeit“ nutzt das BMZ für die von ihm selbst veranlassten audiovisuellen und gedruckten Medien. Das

Wort „Bildungsarbeit“ verwendet es für die Bezuschussung der Vorhaben selbständiger anderer Institutionen. In der Regel sind es kirchliche, konfessionell gebundene oder säkulare Nichtregierungsorganisationen. Die Begriffe „Öffentlichkeitsarbeit“ (ÖA) und „Informationsarbeit“ grenzt das BMZ in der Form ab, von ÖA dann zu sprechen, wenn es um seine eigene Arbeit geht. Die Schilderung der Lage der Entwicklungsländer, der Thematik Eine Welt, der allgemeinen Fragen der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit sind Teil der BMZ-Informationsarbeit.

2. Die Grundlagen der Entwicklungspolitik der Bundesregierung

Ziel der deutschen staatlichen Entwicklungspolitik ist es, zur Schaffung menschenwürdiger Lebensverhältnisse für alle Menschen - Frauen und Männer - in den Partnerländern im Süden und Osten sowie zur Zukunftssicherung auch für uns beizutragen.

Die Bundesregierung orientiert sich dabei am Leitbild der global nachhaltigen Entwicklung entsprechend der Agenda 21 der VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung des Jahres 1992 in Rio de Janeiro. Mit diesem Leitbild ist erstmals ein ganzheitlicher, soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme umfassender Politikansatz entwickelt worden. Deutlicher denn je ist heute, dass friedliche Konfliktlösungen, die Wahrung der Menschenrechte und demokratische Strukturen als Grundlagen nachhaltiger Entwicklung nicht einfach vorausgesetzt werden können, sondern ebenfalls aktiv gefördert werden müssen. Dies gilt auch für die Bekämpfung des Terrorismus. Daraus leiten sich vier wechselseitig miteinander verbundene Zieldimensionen nachhaltiger Entwicklung ab:

- Soziale Gerechtigkeit: armutsmindernde Rahmenbedingungen und sozialer Ausgleich;
- wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: armenorientiertes Wachstum und wirtschaftliche Zusammenarbeit;

- politische Stabilität: Frieden, Menschenrechte und Demokratie, Gleichberechtigung;
- ökologisches Gleichgewicht: Bewahren der natürlichen Ressourcen als Lebensgrundlage.

Die Bundesregierung bekennt sich zu den sieben Entwicklungszielen der internationalen Staatengemeinschaft, wie sie zuletzt von allen VN-Mitgliedsstaaten beim Millenniumsgipfel im September 2000 bekräftigt wurden. Die Bekämpfung der Armut ist eine überwältigende Aufgabe auch der deutschen Entwicklungspolitik, denn Armut ist zugleich Ursache und Folge von z. B. gewaltsam ausgetragenen Konflikten und ökologischer Zerstörung. Zur Bekämpfung der Armut tragen Maßnahmen aus allen vier oben genannten Zieldimensionen bei.

Die Bewältigung der schwierigen und vielfältigen entwicklungspolitischen Herausforderungen kann nicht allein vom Staat geleistet werden. Sie erfordert die Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen. Die Bundesregierung misst deshalb der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft im Norden und Süden sowie mit der privaten Wirtschaft einen hohen Stellenwert bei.

Insgesamt versteht die Bundesregierung Entwicklungspolitik heute als Element einer globalen Strukturpolitik, die zu einem Interessenausgleich zwischen und in den Weltregionen einerseits sowie zwischen der jetzigen und künftigen Menschengenerationen andererseits beitragen soll. Dabei ist sie sich bewusst, dass diese Politik auch für Deutschland einen intensiven Such- und Lernprozess bedeutet. Im Kontext nachhaltiger Entwicklung sind alle Gesellschaften dieser Welt Lernende.

Wesentliche Ursachen von Entwicklungshemmnissen und Fehlentwicklungen liegen in unzureichenden nationalen und - vor dem Hintergrund fortschreitender Globalisierung - internationalen Strukturen. Mit ihrem Beitrag zur Schaffung entwicklungsfördernder und global nachhaltiger Strukturen setzt die Bundesregierung an drei eng miteinander zu verbindenden Handlungsfeldern an:

- **Reform internationaler Strukturen durch die Gestaltung globaler Rahmenbedingungen und internationaler Regelwerke:**

Weltumspannende internationale Strukturen bestimmen zunehmend die Möglichkeit, nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen. Dies erfordert weltweit gemeinsames politisches Handeln. Die vorhandenen Elemente gemeinsamer Politikgestaltung müssen zu einem umfassenden Ansatz von *Global Governance* und zu einer konsistenten Architektur fortentwickelt werden. In einem fairen Interessenausgleich müssen dazu auch die Länder des Südens und des Ostens angemessen beitragen können. Dieses zu unterstützen, ist eine wesentliche Aufgabe der Entwicklungspolitik.

- **Verbesserung der Strukturen in den Partnerländern durch Entwicklungszusammenarbeit vor Ort:**

Entwicklungsfördernde nationale Strukturen in den Partnerländern sind unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Sie zu schaffen, liegt in der Verantwortung der Partnerländer. Entwicklungspolitik kann jedoch die Anstrengungen der Länder, die den notwendigen po-

litischen Willen dazu aufbringen, wirksam unterstützen.

- **Verbesserung der Strukturen im Inland durch Aufklärungs- und Kohärenzarbeit:**

Ebenso ist ein Struktur- und Bewusstseinswandel bei uns in Richtung Nachhaltigkeit und eine darauf ausgerichtete kohärente Gesamtpolitik im nationalen und europäischen Rahmen gefordert. Entwicklungspolitik trägt dazu bei, diese Anliegen auf nationaler und europäischer Ebene einzubringen und leistet Bildungs- und Aufklärungsarbeit.

Da eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete kohärente Gesamtpolitik nur mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung zu verwirklichen ist, kommt der Entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit zentrale Bedeutung zu.

Mit ihrer Entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit entspricht die Bundesregierung ihrer mit der Agenda 21 übernommenen Pflicht, ihre Bildungsanstrengungen am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Dahin zielt auch der Beschluss des Deutschen Bundestages „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vom 29. Juni 2000.

3. Die Oberziele der Entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit des BMZ

Das BMZ zielt prioritär darauf ab,

- die deutsche Öffentlichkeit für die Themen Entwicklungs- und Transformationsländer, Eine Welt und Entwicklungspolitik zu interessieren,
- den Wissensstand hierzu anzuheben,
- die Notwendigkeit einer partnerschaftlichen Kooperation Deutschlands mit den Entwicklungs- und Transformationsländern aufzuzeigen,
- in Deutschland den Angehörigen der Entwicklungs- und Transformationsländer offen und vorurteilsfrei zu begegnen,
- entwicklungspolitisch notwendige Reformen in Deutschland - siehe Stichwort Kohärenz - mitzutragen,
- die deutsche staatliche und nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich zu unterstützen und
- sich als einzelne Bürgerin oder einzelner Bürger in der Entwicklungspolitik praktisch zu engagieren (zum Beispiel durch eine Mitgliedschaft in einer entwicklungspolitisch tätigen Nichtregierungsorganisation, als Multiplikator/-in im schulischen und außerschulischen Bereich, als Spender/-in oder als Käufer/-in von Produkten mit entwicklungspolitisch/ökologisch ausgerichteten Siegeln, etwa von „TransFair“).

4. Die wichtigsten Auswahl Gesichtspunkte für die Lernzielbestimmung und Themenauswahl

4.1 Ein elementares Wissensgerüst schaffen helfen!

Wie andere Ressorts hat das BMZ die Pflicht, die Öffentlichkeit über seine Ziele und Maßnahmen zu informieren. (Siehe Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zur Öffentlichkeitsarbeit der Ressorts vom 2. März 1977. Im Teil C, III., der Begründung wird auf Seite 147 u. a. ausgeführt: „In den Rahmen zulässiger Öffentlichkeitsarbeit fällt, dass Regierung und gesetzgebende Körperschaften - bezogen auf ihre Organtätigkeit - der Öffentlichkeit ihre Politik, ihre Maßnahmen und Vorhaben sowie die künftig zu lösenden Fragen darlegen und erläutern. ... Eine verantwortliche Teilhabe der Bürger an der politischen Willensbildung des Volkes setzt voraus, dass der Einzelne von den zu entscheidenden Sachfragen, von den durch die verfassten Staatsorgane getroffenen Entscheidungen, Maßnahmen und Lösungsvorschlägen genügend weiß, um sie beurteilen, billigen oder verwerfen zu können. ...“)

Die Öffentlichkeit darin zu unterstützen, „Maßnahmen ... beurteilen, billigen oder ver-

werfen zu können“, bedeutet für das BMZ sowie seine Durchführungsorganisationen, über die Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik auch Basis- und Hintergrundinformationen anbieten zu müssen. Ohne solche Informationen - d. h. ein elementares Wissensgerüst - können die Bürgerinnen und Bürger die Ziele und Maßnahmen auf diesem Gebiet nicht einordnen. Erschwerend wirkt sich in diesem Zusammenhang aus, dass sich die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in einem Punkt grundlegend von der allgemeinen außerschulischen politischen Bildung unterscheidet: Man darf bei den Menschen in Deutschland keine elementaren Vorkenntnisse zur Lage der Entwicklungs- und Transformationsländer sowie der Entwicklungspolitik voraussetzen. Zur Situation in Deutschland und unseren europäischen Nachbarn ist dies anders. Auch bei Bürgerinnen und Bürgern mit einem vergleichsweise niedrigen Bildungsstand kann man eine minimale wirtschaftliche, soziale und politische Faktenkenntnis in Bezug auf Deutschland und die europäischen Nachbarn unterstellen, etwa zur privat verfassten Wirtschaftsordnung, zum Verkehrssystem, zu Grundelementen der Sozi-

alversicherung oder zur Parteienpluralität. Diese Faktenkenntnis erlaubt es, dank täglicher Anschauung Regel und Ausnahme zu unterscheiden. Man weiß einfach, dass eine Klinik, Schule oder Fabrik, die leer steht, nicht die Regel, sondern die Ausnahme darstellt. Diese Fähigkeit fehlt für die Bewertung von Nachrichten aus den Entwicklungs- und Transformationsländern. Die Mechanismen der Presse, eher über das Spektakuläre, das Besondere und die Krise als über den Normalzustand zu berichten („*good news is no news*“), begünstigen unzulässige Verallgemeinerungen.

Ein elementares Wissensgerüst, das Einzelinformationen einzuordnen erlaubt, ist auch deshalb so wichtig, weil sich Menschen von Themen, die sie überfordern oder die ihnen undurchschaubar erscheinen, abwenden.

4.2 Die Fragen der Bürgerinnen und Bürger als Auftrag verstehen!

Zweifellos ist es Aufgabe einer obersten Bundesbehörde, zu definieren, welche Themen in den öffentlichen Diskurs eingeführt werden sollten. Der Zugang zu entscheidenden politischen Informationen macht dies sogar zur Pflicht.

Die Entwicklungspolitische Bildungsarbeit darf aber nicht nur angebotsorientiert sein. Gleichermäßen wichtig ist es, in möglichst repräsentativer Form danach zu fragen, was die Bürgerinnen und Bürger primär interessiert. Das Themenmanagement muss also auch nachfrageorientiert angelegt sein.

In größeren Abständen nutzte das BMZ seinen Besucherdienst, um festzustellen, welche entwicklungspolitischen Themen die Bevölkerung in Deutschland am stärksten interessieren. In erstaunlicher Kontinuität waren dies 1998 die selben Fragen wie schon Mitte der 80er Jahren:

- Kommt die Hilfe an? (Hier ist das „Fass-ohne-Boden“-Syndrom einschlägig.)
- Was wird bevölkerungspolitisch getan? (Laut Umfragen in der EU ist keine Nation so um die Bevölkerungszunahme in der Welt besorgt wie die deutsche.)

- Wie steht es um den globalen Umweltschutz? (Hier spiegeln sich Zukunftsängste wider, die sich aus zahlreichen Meinungsumfrageergebnissen ableiten lassen.)

4.3 Wissensdefizite so stark wie möglich korrigieren!

Zur Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit bestehen in der deutschen Öffentlichkeit mehrere bedeutende Wissensdefizite. Sie äußern sich in Annahmen wie:

- es ginge um eine Fernproblematik;
- die Entwicklung in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas verlaufe insgesamt oder zumindest überwiegend negativ;
- die einzelne Bürgerin, der einzelne Bürger sei ohnmächtig und könne keinen persönlichen, entwicklungspolitisch relevanten Beitrag leisten.

Entsprechende Meinungsmuster werden kontinuierlich durch die Auswertung BMZ-eigener und fremder Meinungsumfragen ermittelt. Es ist lernökonomischer, bestimmte Fehlvorstellungen gezielt anzugehen, als zu einer ohnehin komplexen Materie noch mehr Wissensstoff anzubieten. Die Entwicklungspolitik leidet im Kern nicht unter Informationsmangel. Es geht vielmehr darum, Barrieren zu erschüttern, die Interesse und Offenheit verstellen.

Wissensdefizite wie die drei zuletzt Genannten führen zu einer verengten, unvollkommenen Informationsaufnahme. Einzeldaten werden unzulässig verallgemeinert. Hieraus ergibt sich die Aufgabe des BMZ, in der deutschen Öffentlichkeit zu vermitteln, dass es bei Nachrichten aus den Entwicklungsländern und zur Entwicklungszusammenarbeit naturgemäß schwieriger ist, Regel und Ausnahme zu unterscheiden. Berichtet z. B. ein Journalist von einer Panne in der EZ, erfüllt er seine subjektiv empfundene Pflicht als Angehöriger der „4. Gewalt“. Fügt er nicht hinzu, das erwähnte Projekt sei eines von mehreren Dutzend im Entwicklungsland XY, lässt er die Öffentlichkeit mit der Schwierigkeit allein, zutreffend zwischen Regel und Ausnahme zu unterscheiden.

5. Die zentralen Aussagen der BMZ-Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit, die zu einem elementaren Wissensgerüst beitragen sollen

- **Die Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit sind für das persönliche Leben einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers wichtig.**

Unser Leben ist entscheidend mit dem Leben der Menschen im Süden und Osten verknüpft; ihr Schicksal hat Auswirkungen auf unsere Zukunft. Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit leisten bedeutende Beiträge zur globalen Zukunftssicherung, z. B. im Rahmen von Programmen zur Krisenprävention, zum weltweiten Erhalt der Umwelt sowie zur Linderung wirtschaftlicher und sozialer Probleme. Aus diesem Grunde bilden entwicklungspolitisches Denken und Handeln bedeutende Bausteine zur Beantwortung der Sinnfrage des Lebens. In diesem Zusammenhang darf die Entwicklungspolitik nicht auf die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) verengt werden, weil die Menschen sonst nur einen Teil der für ihr Leben wichtigen Themen erkennen würden (siehe z. B. handelspolitische Fragen, etwa die Sozial- und Umweltklauseln im Welt-handel).

- **Die Situation der Entwicklungs- und Transformationsländer ist enorm vielfältig. Vor allem negative Pauschalurteile verbieten sich.**

Die o. g. Mechanismen der Presseberichterstattung („*good news is no news*“) begünstigen ein einseitig negatives Bild der Entwicklungsländer. Es muss ständig durch konkrete Beispiele korrigiert werden. Einer zum Teil unvorstellbaren Not und größtem Unrecht stehen bemerkenswerte Erfolge gegenüber (Beispiele: höhere allgemeine Lebenserwartung, gesunkene Säuglings- und Kindersterblichkeit, auf dem Elternwillen basierend deutlich niedrigere Zahl der Geburten pro Frau).

- **Der Entwicklungsprozess in den Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas darf nicht auf Beiträge von außen verengt werden. Er beruht grundsätzlich auf drei Pfeilern.**

Von zentraler Bedeutung sind die Anstrengungen der Länder selbst, weil niemand von außen entwickelt werden kann. Doch auch die entwicklungspolitisch orientierten Reformen in den Industrieländern, etwa das Ringen um mehr Kohärenz, und die Entwicklungszusammenarbeit besitzen einen hohen Stellenwert.

Auf pädagogisch-didaktischem Gebiet muss die Vorstellung korrigiert werden, die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) könne die Probleme **alleine** lösen. In der Vergangenheit schädigten entsprechende - d. h. *omnipotente* - Argumentationsmuster die Akzeptanz der EZ. Immer nachdrücklicher fragen die Bürgerinnen und Bürger nunmehr, warum die EZ in vier Jahrzehnten mit „so vielen Milliarden Mark“ die Armut nicht überwinden konnte.

- **Der Entwicklungsweg der Entwicklungsländer muss ein eigener sein, selbstbestimmt und dem kulturellen Umfeld angepasst. Auch wir können von den Erfahrungen der Entwicklungsländer lernen.**

Die weit verbreitete Vorstellung, die Lösung der Probleme der Entwicklungsländer läge darin, den Entwicklungsweg der Industrieländer nachzuahmen, erschwert entwicklungspolitisches Lernen. Sie muss dazu führen, abweichende Lösungswege in der genannten Ländergruppe als unzureichend oder fehlerhaft einzustufen. Entsprechende negative Meinungsbilder verschütten Interesse. Auch kann keine Neugier aufkommen, den Lösungsweg anderer Gesellschaften mit den eigenen Leitbildern zu vergleichen, um daraus zu lernen.

- **Seit Rio de Janeiro 1992 und den Folgekonferenzen der Vereinten Nationen von 1993 bis 1996 besitzt die Völkerfamilie ein Leitbild für den Entwicklungsprozess.**

Seit der Konferenz der Vereinten Nationen zum Thema Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro gibt es das Zieldreieck zur ökonomischen Effizienzsteige-

rung, sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Nachhaltigkeit, das seinen Niederschlag insbesondere in der Agenda 21, der Tagesordnung für das 21. Jahrhundert, fand. Zwischen den OECD-Staaten und einer großen Gruppe von Entwicklungs- und Transformationsländern gibt es ferner einen Konsens, das Dreieck von Rio um die oben in Ziffer 2 genannte Dimension politische Stabilität, Frieden, Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung erweitern zu müssen. Die Ergebnisse von Rio de Janeiro, der weiteren großen Weltkonferenzen sowie die zuletzt beim VN-Millenniumsgipfel bestätigten sieben internationalen Entwicklungsziele entkräften das Argument, man könne passiv bleiben, weil unklar sei, in welche Richtung die politischen und individuellen Anstrengungen gehen sollten.

- **Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist ein junger, fachlich sehr anspruchsvoller Aufgabenbereich. Sie funktioniert und stiftet Nutzen.**

Die EZ wurde immer stärker durchstrukturiert und professionalisiert. Wie auf jedem Feld wirtschaftlicher und sozialer Fördermaßnahmen muss jedoch mit einer bestimmten Quote von Engpässen und Fehlschlägen gerechnet werden. Allerdings

betreffen sie nur eine Minderheit der Fälle und sind in ihrer konkreten Zahl von Land zu Land sowie von Sektor zu Sektor unterschiedlich groß. Jedes Projekt oder Problem muss daher in eine Gesamtschau eingebettet werden.

- **Die Bürgerinnen und Bürger sind alles andere als ohnmächtig. Die Entwicklungspolitik bietet ihnen zahlreiche Ansatzpunkte für eine Mitwirkung.**

Jeder Prozess politischen Lernens ist davon abhängig, in welchem Maße der Einzelne davon ausgeht, an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen mitwirken zu können. Gefühle politischer Ohnmacht lähmen politisches Lernen. Der entsprechenden Gefahr kann dadurch begegnet werden, innerhalb allgemeiner Perspektiven konkrete persönliche Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen (Beispiel: Politisch gezielt entscheidende Konsumentinnen und Konsumenten, siehe u. a. die Siegel „TransFair“ oder „RUG-MARK“). Das kognitive Ziel - die Wichtigkeit der Entwicklungspolitik besser zu vermitteln - muss also um das affektive Lernziel ergänzt werden, sich als Staatsbürgerin und Staatsbürger auch praktisch engagieren zu können.

6. Wichtige didaktische Grundsätze der BMZ-Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit

- **Der Fernsehgesellschaft und den neuen Medien Rechnung tragen:**

Wir leben in einer Zeit, in der sich die Nutzung der Medien rapide ändert. Das BMZ ist gut beraten, den Verschiebungen im Bereich Lesen - Hören - Sehen kontinuierlich Rechnung zu tragen, ohne sich negativen Trends zu unterwerfen. Wenn sich die Menschen immer mehr dem bewegten Bild zuwenden und nur noch kurze Informationssequenzen aufzunehmen bereit sind, muss die sehr komplexe Entwicklungsthematik möglichst stark durch Bilder sowie Schaubilder vermittelt werden. Ihr Anteil soll wachsen.

- **Zu Anfang jeder Botschaft das herausarbeiten, was die Bürgerinnen und Bürger subjektiv für wichtig halten:**

Außerschulisches politisches Lernen beruht auf Freiwilligkeit. Es setzt Interesse voraus. Dieses wiederum verlangt, dass der/die Bürger/-in die Materie subjektiv als wichtig einstuft. Die Bekanntheit[B1] eines Ressorts oder Werkes kann daher in der Regel nur steigen, wenn das jeweilige Gebiet als wichtig und damit interessant empfunden wird.

Für die Frage, wie sich Interesse bildet, hat die Publizistik diverse „publizistische Verstärkungsfaktoren“ definiert. Der für die

Entwicklungspolitik einschlägigste Verstärkungsfaktor besteht in der Verknüpfung der politischen Botschaft mit der persönlichen Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger. Generell stufen Menschen die Ereignisse und Entwicklungen als wichtig ein, die mit ihnen, ihrer Familie und ihrem geografischen Nahbereich kausal in Beziehung stehen. Praktisch jede entwicklungspolitische Information muss daher zu Anfang den Irrtum bekämpfen, die Themen Entwicklungsländer, Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit bilden eine Fernproblematik. Beispiele, die in der Einen Welt sinnfällig Wechselwirkungen vermitteln, d. h. aufzeigen, wie Veränderungen in den Entwicklungsländern das persönliche Leben der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland berühren und umgekehrt, erweisen sich in diesem Zusammenhang als sehr hilfreich (siehe Stichwort Interdependenz). Das BMZ wird verstärkt externen Sachverstand nutzen, um seine eigene Medienentwicklung didaktisch und

speziell motivationspsychologisch überprüfen zu lassen.

- **Trotz unterschiedlicher *Corporate Identity* (C. I.) möglichst oft gemeinsam auftreten:**

Die Motive und Ziele der einzelnen staatlichen und nichtstaatlichen Akteure in Deutschland überlappen sich in hohem Maße. Diese Tatsache erlaubt es, trotz unterschiedlicher *Corporate Identity* (C. I.) in der Öffentlichkeit gemeinsam aufzutreten. Sofern die jeweilige Identität erhalten bleibt, ist dies so oft wie möglich anzustreben, um der Entwicklungspolitik durch **gemeinsames** Handeln Auftrieb zu geben. Dank seiner Funktionen, einerseits selbst Akteur zu sein und andererseits die Maßnahmen Dritter zu bezuschussen, besitzt das BMZ auf diesem Gebiet eine hervorgehobene katalytische Aufgabe.

7. Prioritäre Zielgruppen

Die Haushaltsmittel, die dem BMZ für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit zur Verfügung stehen, zwingen zu einer strengen Zielgruppenauswahl. Die finanziellen Mittel reichen in einer 80 Millionen-Gesellschaft nicht aus, in nachhaltiger Form die breite Öffentlichkeit **unmittelbar** anzusprechen. Dies muss in aller Regel über Multiplikatoren geschehen. Sieht man von den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der staatlichen und nichtstaatlichen entwicklungspolitischen Institutionen ab, ha-

ben als Mittler die Vertreter/-innen folgender Bereiche Priorität:

- Medien,
- Parlamente auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene,
- Schule und Hochschule,
- Jugend- und Erwachsenenbildung.

8. Anlagen

Anlage 1: Einzelkonzept für die Produktion von audio-visuellen und Printmedien

1. Es macht wenig Sinn, auf dem Gebiet der A/V- und gedruckten Medien mit den anderen entwicklungspolitischen Informationsanbietern zu konkurrieren. Dagegen sprechen sowohl finanzielle als auch inhaltliche Gründe. Bezieht man den Wert der Benefizanzeigen mit ein, verfügen einige einzelne NRO über einen mehrfachen Millionen-Etat für Spendenwerbung, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Mehrere Millionen Haushalte in Deutschland empfangen jährlich sogenannte *mailings*, Werbeblätter und Hauszeitschriften deutscher EntwicklungsnRO. Sie enthalten eine Fülle spezifischer Informationen zu den Problemen der Menschen in den Entwicklungsländern und stellen Projekte zur Linderung ihrer Not vor. Die Breite und Vielfalt der einzelnen Daten und des Materials ist unüberschbar. Hinzu kommen die elektronischen Medien. Allein im Fernsehen werden auf allen Kanälen an einem Durchschnittswerktag rund drei Stunden Filme über und aus Entwicklungsländern gezeigt. Zumindest unter quantitativen Gesichtspunkten kann von einem Informationsmangel nicht mehr gesprochen werden.

Folgende **didaktische Grundüberlegungen** leiten daher das Handeln des Ministeriums:

- Als oberste Bundesbehörde und entwicklungspolitische Organisation, die keiner Region, keinem Sektor, keinem Instrument und keiner Zielgruppe allein verpflichtet ist, hat das BMZ zu aller erst die Aufgabe, die **Bürgerinnen und Bürger beim Ordnen und Bewerten der heutigen Informationsflut zu unterstützen**.
- Das BMZ hat darüber hinaus eine **kompensatorische Funktion**. The-

men, die entsprechend der Ziffer 5 des Rahmenkonzepts Vorrang haben, werden in den BMZ-A/V- und Printmedien prominent behandelt. Besonders ausführlich geschieht dies in den BMZ-Querschnittspublikationen („Bürgerbroschüren“). Man kann von der Aufgabe des BMZ sprechen, rollenspezifische Vernachlässigungen anderer Akteure auszugleichen.

Für die grundlegende Strukturierung der BMZ-A/V- und Printmedien hat dies folgende Konsequenzen:

- Die zentrale BMZ-Querschnittspublikation (früher „Politik der Partner“, danach „Gemeinsam für die Eine Welt“, jetzt „Wer braucht Entwicklungspolitik?“) sollte die Bürgerinnen und Bürger künftig in **fünf Schritten** in die Entwicklungspolitik einführen. Sie sind so gegliedert, vom Allgemeinen zum Speziellen überzugehen. Der **erste Schritt** behandelt die globale Entwicklungsthematik. Alle Länder dieser Welt sind ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Herausforderungen ausgesetzt, für die auf der UNCED 1992 in Rio de Janeiro das Zieldreieck ökonomische Effizienzsteigerung, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit formuliert wurde (siehe Schaubild 13 der '98er BMZ-Schaubild- und Folienmappe). Der **zweite Schritt** unterscheidet zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (immer einschließlich Transformationsländer verstanden) und nimmt die letztgenannte Staatengruppe in den Blick. Es werden übersichtsartig die erbrachten und noch nicht erbrachten Eigenleistungen der Entwicklungsländer

angesprochen (siehe Schaubilder 16 und 17 der oben genannten Schaubild- und Folienmappe).

Der **dritte Schritt** behandelt die entwicklungspolitischen Aufgaben der Industrieländer (siehe Schaubild 18 der genannten Mappe).

Der **vierte Schritt** wendet sich der Entwicklungszusammenarbeit der Industrieländer zu (siehe Schaubild 19 der genannten Mappe).

Der **fünfte Schritt** geht entweder auf einzelne entwicklungspolitische Herausforderungen/Maßnahmen - etwa zusätzliche ökologische Klauseln im Welthandel - oder auf bestimmte Fragen der Entwicklungszusammenarbeit ein.

- Zumindest alle Printmedien des BMZ, die sich nicht an die Fachöffentlichkeit wenden, müssen in einem Einführungskapitel die ersten vier der oben genannten fünf Schritte durchlaufen. Dies dient einer ganzheitlichen Sichtweise. Die Schrittfolge soll den jeweiligen Stoff überschaubar machen und ihn ordnen helfen. Ziel ist es, dazu beizutragen, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger nicht Opfer eines monokausalen oder linearen Denkansatzes werden. Unter anderem in der Besuchergruppenarbeit des BMZ kann beobachtet werden, wie bestimmte Personen ein Problem in den Entwicklungsländern ausschließlich auf **eine** Ursache zurückführen (z. B. die Bevölkerungszunahme) oder nur **ein** Maßnahmenbündel für ausreichend halten, die Entwicklungsprobleme weltweit zu meistern (z. B. die Reform des Welthandels). Ebenso gefährlich sind die Reaktionen von Besucherinnen und Besuchern, die sagen, die Entwicklungspolitik sei so kompliziert, dass man überhaupt nicht mehr durchblicke. Ein entsprechendes Meinungsbild lässt kein Interesse aufkommen. Ohne dieses bleiben selbst die besten Informationen wirkungslos. Um mit einem Bild zu sprechen: Das skizzierte Einführungskapitel ist einer großmaßstäblichen Autokarte vergleichbar. Mit ih-

rer Hilfe soll zunächst nur vermittelt werden, wie man über das System der Autobahnen in die Nähe des Zielortes kommt. Dann muss eine speziellere Karte zum Einsatz kommen, die auch die Bundes-, Land- und Nebenstraßen aufführt.

- Was für das Einführungskapitel der Bürgerbroschüren gilt, hat auch für ihren Schlussteil Gültigkeit. Der Beitrag, den die Bürgerinnen und Bürger persönlich leisten können, muss ebenfalls in einem knappen Gesamtüberblick dargestellt werden (siehe Schaubild 24 der oben genannten Schaubild- und Folienmappe des BMZ). Je nachdem, welchen Themenkomplex die Bürgerbroschüre behandelt, kann dann in einem weiteren Schritt geschildert werden, was die Menschen im Einzelnen auf dem Gebiet tun können, das thematisch Gegenstand der Bürgerbroschüre ist. Analog gilt dies auch für die A/V-Medien.
2. Grundsätzlich werden alle A/V- und Printmedien elektronisch, grafisch und typografisch so gestaltet, dass sie ganz oder in Teilen ins Internet gestellt werden können. Identisches gilt für die Möglichkeit, sie auf eine CD-ROM zu übernehmen.
 - Dem geänderten Mediennutzungsverhalten - siehe die Ziffer 6 des Rahmenkonzepts - wird in der Form Rechnung getragen, stärker als bisher Schaubilder und Fotos einzusetzen. Fotos haben nicht nur die Aufgabe, das Auge zu binden und zum Lesen einzuladen. Prinzipiell muss jedes Foto eine bestimmte Aussage verkörpern.
 - *Corporate Identity* und *Corporate Language* gehören zusammen. **Der Begriff „Entwicklungshilfe“ ist zu meiden.** Die Begriffe „Katastrophenhilfe“ oder „Humanitäre Hilfe“ können weiterhin genutzt werden.

- Das Qualitätsmanagement der Erstellung von A/V- und Printmedien erfordert regelmäßige Evaluierungen. Mindestens alle fünf Jahre wird eine externe Begutachtung vorgenommen. Zwischen den Evaluierungen werden zur Qualitätsüberprüfung u. a. folgende Indikatoren genutzt, die eine sorgfältig geführte Statistik voraussetzen:
 - Wie entwickelt sich die Gesamtnachfrage nach den A/V- und Printmedien des BMZ? (1999 lag sie bei den gedruckten Medien auf einem historischen Tiefpunkt.)
 - Wie lautet die Nachfrageentwicklung bei einzelnen Medien? (1998 befand sich bei den Printmedien das Journalistenhandbuch mit 12.000 ausgegebenen Exemplaren an erster Stelle, d. h. noch vor „Gemeinsam für die Eine Welt“, obwohl in früheren Jahren das Verhältnis umgekehrt war.)
 - Wie hoch ist die Zahl der Gesuche, aus BMZ-A/V- und Printmedien bestimmte Teile abdrucken zu dürfen?
 - Wie entwickelt sich die Nutzung der BMZ-Homepage?

Ferner wird der BMZ-Beraterkreis für die Entwicklungspolitische Bildung in Schulen um sein Urteil gebeten.

- Die personellen Ressourcen im Referat 114 setzen der Zahl der A/V- und Printmedien, die jährlich neu erscheinen, enge Grenzen. Insgesamt ist es wichtiger, eine bescheidene Zahl von Produktionen aktuell zu halten, als eine große Angebotspalette vorzuweisen, die überwiegend veraltet ist. Die BMZ-Querschnittspublikationen („Bürgerbroschüren“) müssen mindestens alle drei Jahre neu aufgelegt werden. Dies wird die Nachfrage nach BMZ-Medien beleben und dank der höheren Auflage die Stückkosten pro gedruckter Broschüre senken.

Vor dem Hintergrund dieser Zielsprache ist es notwendig, die derzeit im **BMZ-Medienverzeichnis** enthaltene Broschürenzahl um wenigstens 50 Prozent zu reduzieren. Absprachen mit der GTZ und der KfW müssen dazu dienen, der Fachöffentlichkeit die gewünschten Spezialpublikationen gleichwohl zur Verfügung stellen zu können.

- Folgende Stufenpyramide wird für die BMZ-Printmedien angestrebt:
 - Auf der **obersten Stufe** rangieren **vier Printmedien**: Als ältester Titel ist dies zunächst das BMZ-Medienhandbuch Entwicklungspolitik (ehemaliges „Journalistenhandbuch“), das vom Referat 02 als Nachschlagewerk aktuell gehalten wird. Sodann geht es um die thematisch umfassendste BMZ-Querschnittspublikation, die sich an die politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger wendet (zur Zeit: „Wer braucht Entwicklungspolitik?“). Daneben sind auf dieser Stufe die BMZ-Weltkarte sowie die Schaubildbroschüre und -folienmappe zu sehen.
 - Auf der zweiten **Stufe** wird der oben genannte Gesichtspunkt der Konzentration besonders deutlich. Bebilderte Bürgerbroschüren zu zahlreichen Einzelthemen konnten und können aus personellen Gründen nicht aktuell gehalten werden. Auch ist es ökonomisch nicht sinnvoll, viele Titel in jeweils nur bescheidenen Mengen drucken und abfließen zu lassen. Die Stückkosten liegen zu hoch. Stattdessen sollten **drei bis vier Bürgerbroschüren** angestrebt werden. Für sie würde die oben genannte maximale Dreijahresfrist für die Aktualisierung gelten. Die drei bis vier thematischen Blöcke könnten lauten:
 - * die politische Dimension (u. a. Demokratisierung, Menschenrechte, Konfliktprävention

und -bearbeitung, Friedensentwicklung, Außen- und Sicherheitspolitik, Gleichberechtigung der Geschlechter),

- * die wirtschaftliche Dimension (u. a. Wirtschafts- und Finanzsysteme, Globalisierung, Handel, Investitionen),
- * die Umweltdimension (u. a. nachhaltiger Ressourcenschutz, siedlungspolitische Fragen, Transportfragen),
- * die soziale Dimension (u. a. Armutsbekämpfung, soziale Entwicklung).

Die jetzige große Zahl der Einzelbroschüren muss schrittweise in die drei bis vier Querschnittspublikationen überführt werden. Die wirtschaftliche und soziale Dimension können eventuell in einem Druckwerk vereint werden, weil die Überlappungen stark sind. (Siehe das Ziel, die Armutsbekämpfung so anzulegen, dass die Produktivität der Armen erhöht wird.)

- Auf der **dritten Stufe** befinden sich die „**BMZ-Materialien**“ und „**BMZ-Konzepte**“, die grundsätzlich nicht bebildert sind, sondern über den Text hinaus nur Tabellen und evtl. Schaubilder enthalten. Sie müssen grundsätzlich aktualisiert werden, doch die Frist hängt davon ab, wann eine neue Sachlage vorliegt oder ein Konzept vom BMZ-Fachreferat überarbeitet wird.
- Auf der vierten **Stufe** befindet sich die Serie „**BMZ-Spezial**“. Durch sie besteht die Möglichkeit, sich mit speziellen Themen an eine Fachöffentlichkeit zu wenden. Da der Interessentenkreis in der Regel gering ist, erscheint das „Spezial“ nur als Datei im Internet und ist lediglich auf Anfrage in Papierform im BMZ zu erhalten. Ins Medienver-

zeichnis wird es nicht aufgenommen. Seine Form ist sachlich, ohne Fotos, allenfalls mit Tabellen und Grafiken illustriert. Eine Aktualisierung muss nicht grundsätzlich ins Auge gefasst werden.

- **Layout:** Für alle Printmedien, die von den Referaten 02 und 114 betreut werden, wurde ein verbindliches Layout entworfen, um das BMZ-Erscheinungsbild zu vereinheitlichen und so einen hohen Wiedererkennungseffekt zu erzeugen.
- **Fremdsprachliche Publikationen:** Die durch das Referat 114 erstellten Publikationen sind für die Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland bestimmt und daher grundsätzlich in deutscher Sprache zu verfassen. In Ausnahmefällen (bei nachgewiesenem oder zumindest nachvollziehbarem Bedarf, z. B. für internationale Konferenzen) ist der Abdruck einer fremdsprachlichen Übersetzung möglich. Die Kosten für die Übersetzung trägt nicht das Referat 114.
- **Vertrieb:** Alle ins Medienverzeichnis aufgenommenen Publikationen und die „Spezials“ werden durch eine Vertriebsgesellschaft (z. Zt. die DVG in Meckenheim) versandt. An das BMZ gerichtete Bestellungen werden an die DVG weitergeleitet. Den Fachreferaten bleibt es anheim gestellt, Broschüren selbst zu bevorraten und zu vertreiben.

Alle Arbeitseinheiten des Hauses werden mittels einer Kurzinformation über die Publikationsmöglichkeiten des BMZ unterrichtet (siehe Anhang).

Anhang zur Anlage 1: Publikationsmöglichkeiten durch das Referat 114 „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“

Für die Fachreferate des BMZ gibt es zur Zeit drei verschiedene Möglichkeiten, mit Unterstützung des Referats 114 entwicklungspolitische Informationen in Form von Broschüren in die Öffentlichkeit zu transportieren:

- **Bürgerbroschüren**

Die wichtigste „BMZ-Bürgerbroschüre“ trägt zur Zeit den Titel „Wer braucht Entwicklungspolitik?“ und behandelt in knapper Form die Entwicklungspolitik als Ganzes. Weitere „Bürgerbroschüren“ sind die **Querschnittspublikationen**, welche wichtige Bereiche der Entwicklungspolitik behandeln und grob den drei bis vier folgenden Blöcken entsprechen:

- die **politische Dimension** (u. a. Demokratisierung, Menschenrechte, Konfliktprävention und -bearbeitung, Friedensentwicklung, Außen- und Sicherheitspolitik, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern),
- die **wirtschaftliche Dimension** (u. a. Wirtschafts- und Finanzsysteme, Globalisierung, Handel, Investitionen),
- die **Umweltdimension** (u. a. nachhaltiger Ressourcenschutz, siedlungspolitische Fragen, Transportfragen),
- die **soziale Dimension** (u. a. Armutsbekämpfung, soziale Entwicklung).

„Bürgerbroschüren“ wenden sich an die breite Öffentlichkeit und werden daher in hoher Auflage gedruckt. Sie erscheinen im Farbdruck und sind reich bebildert. Sprachlich müssen sie allgemein verständlich sein. Damit die Aktualität gehalten werden kann, müssen diese Broschüren spätestens alle drei Jahre überarbeitet werden.

- **„BMZ-Materialien“ und „BMZ-Konzepte“**

„Materialien“ und „Konzepte“ können thematisch stärker eingegrenzt werden, als die „Bürgerbroschüren“. Sie sind für entwicklungspolitisch stark interessierte Bür-

gerinnen und Bürger bestimmt. Optisch sind sie weniger aufwändig, d. h. bis auf das Deckblatt in der Regel nicht bebildert. Sie können aber Tabellen oder Schaubilder enthalten. Eine Aktualisierung erfolgt je nach Sachlage.

Beispiel: „Wasser-Konflikte lösen, Zukunft gestalten“ (Materialien Nr. 099).

- **„BMZ-Spezials“**

In den „Spezials“ werden sehr spezielle Themen für die Fachöffentlichkeit behandelt. Wegen ihrer einfachen Aufmachung (in der Regel nur Text) und geringen Auflage (bis zu 1.000) ist (bei einem Umfang bis zu 40 Seiten) ein schneller Druck und somit hohe Aktualität möglich. Eine Überarbeitung erfolgt nur auf Nachfrage.

Beispiel: „Krisenprävention und Konfliktbeteiligung“ (Spezial Nr. 017).

Für alle Veröffentlichungen gibt es ein jeweils **verbindliches Layout**, d. h. *Corporate Design*.

Bei der Erstellung der Printmedien sollte darauf geachtet werden, dass diese **Internet-tauglich** sind, damit die Möglichkeit gegeben ist, sie auf der BMZ-Homepage bereit zu stellen.

Hinweis: Die Grundlagenbroschüre (z. Zt. „Wer braucht Entwicklungspolitik?“), die Weltkarte sowie die Schaubild- und Folienmappe („Entwicklungspolitik im Schaubild“) werden vom Referat 114 erstellt. Das BMZ-Medienhandbuch wird weiterhin vom Referat 02 herausgegeben. Entsprechendes gilt für den erstmals für das Jahr 2000 konzipierten und farbig gestalteten „Jahresbericht Entwicklungspolitik“ des BMZ.

Ansprechpartnerinnen im Ref. 114:

Frau Dr. Göllner-Scholz, Tel. –3777 und
Frau Popović, Tel. -3765.

Anlage 2: Einzelkonzept für den Einsatz der Mittel aus dem BMZ-Titel 684 01 (Entwicklungspolitische Bildungsarbeit)

1. Die zentralen Herausforderungen für die Entwicklungspolitische Bildung:

Die Ziele, die das BMZ auf der internationalen und nationalen Ebene politisch vertritt, prägen auch sein Handeln in der Inlandsarbeit. Für den Teilbereich Entwicklungspolitische Bildung lassen sie sich wie folgt zusammenfassen:

- Die **Entwicklungspolitik der Bundesregierung ist dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung** - siehe die Agenda 21 der VN-Konferenz Umwelt und Entwicklung - **verpflichtet**. Über den hier erzielten Konsens der Staatengemeinschaft hinaus, den wirtschaftlichen Fortschritt ökologisch nachhaltig sowie national und international sozial gerecht gestalten zu müssen, ist die Bundesregierung entschlossen, den universalen Menschenrechten und der demokratischen Teilhabe weltweit zum Durchbruch zu verhelfen. Dieses Ziel verfolgt sie gemeinsam mit allen Staaten der Europäischen Union sowie zahlreichen anderen Industrie-, Transformations- und Entwicklungsländern. Die Bundesregierung ist sich bewusst, dass diese Politik auch für Deutschland einen intensiven Such- und Lernprozess bedeutet. Im Kontext nachhaltiger Entwicklung sind alle Gesellschaften dieser Welt Lernende.
- Die **Entwicklungspolitik der Bundesregierung** hat die Mitgestaltung der globalen Rahmenbedingungen zum Ziel. Sie **ist Ausdruck eines wertorientierten, der Zukunftssicherung dienenden politischen Handelns**. Ihr Leitgedanke ist der Interessenausgleich zwischen und in den

Weltregionen einerseits sowie zwischen der jetzigen und zukünftigen Menschheitsgenerationen andererseits.

- Der **Entwicklungsprozess in den Ländern Asiens, Afrikas, Osteuropas und Lateinamerikas** hat unmittelbar Einfluss auf das Leben der Menschen in Deutschland. Er stellt **keine Fernproblematik** dar. Das Handlungsfeld Entwicklungspolitik, das alle Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung einlädt, verdient ein wesentlich höheres Maß an öffentlichem Interesse. Eine Verbesserung globaler Strukturen kann nur gelingen, wenn auch bei uns Strukturwandel sowie Bewusstseins- und Verhaltensveränderungen stattfinden. Interessenausgleich ist nur dann möglich, wenn auch die Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft, deren Interessen bisher im Vordergrund standen, zu Kompromissen und damit einer Einschränkung der eigenen Freiräume und Möglichkeiten bereit sind.
- Die Verflechtungen zwischen den Industrieländern sowie den Entwicklungs- und Transformationsländern werden immer ausgeprägter. Sie zu gestalten, ist nicht nur Regierungsaufgabe. Auch ein immer **größeres Engagement der zivilen Gesellschaft ist notwendig** - gerade in einem so stark international orientierten und weltwirtschaftlich verflochtenen Land wie der Bundesrepublik Deutschland.

2. Prioritäre Themenstellungen:

Sowohl der Umfang des Titels 684 01 als auch die Gesichtspunkte Subsidiarität und Komplementarität verbieten es, alle entwicklungspolitischen Fragen aufgreifen zu wollen. Der Beitrag der Öffentlichen Hand auf Bundesebene muss sich sinnvoll in eine gesamtgesellschaftliche Arbeitseinteilung einfügen. Das

BMZ wird seine Themenauswahl stärker als bisher von drei Überlegungen abhängig machen:

- von der Frage, womit der höchste Lernertrag erzielt werden kann,

- vom Gesichtspunkt, wo die spezifischen Stärken und komparativen Vorteile des BMZ liegen, um der Entwicklungspolitischen Bildung in Deutschland bestmöglich zu dienen und
- vom Aspekt, welche Fragen die Bürgerinnen und Bürger am häufigsten stellen.

Erfahrungen im BMZ-Besucherdienst sowie der Dialog auf nationaler und internationaler Ebene zeigen, dass es den größten Lernertrag verspricht, zuerst die Verwerfungen im entwicklungspolitischen Wissen der jeweiligen Öffentlichkeit aufzugreifen und sie so stark wie möglich zu korrigieren. Die betreffenden Defizite haben eine negative katalytische Wirkung. Teils lassen sie Interesse an der Entwicklungspolitik gar nicht erst aufkommen, weil zum Beispiel das Fehlurteil besteht, es handele sich um eine Fernproblematik, teils kanalisieren sie Informationen falsch - etwa in Richtung eines pauschal negativen Urteils über die Situation der Entwicklungs- und Transformationsländer. Ein chronisches Bild des Jammers ist jedoch weder auf Dauer interessant, noch ermutigt es, sich praktisch zu engagieren. Vier besonders stark verbreitete Deformationen werden nachfolgend zum Abschluss dieses Abschnitts thematisiert.

Gleichfalls gestützt auf Erfahrungen im BMZ-Besucherdienst genießen die Maßnahmen Vorrang, die entwicklungspolitische Informationen zu Übersichten bündeln, d. h., systemische Kenntnisse fördern und eine entwicklungspolitische Gesamtschau vermitteln helfen. In den Massenmedien dominieren aktuelle Einzelinformationen, die nicht systematisch in entwicklungspolitische Zusammenhänge eingebettet sind. Einzelne Bürger/-innen, die im Rahmen des BMZ-Besucherdienstes ins Haus kommen, verfügen oft über ein erstaunliches Detailwissen. In größeren Zusammenhängen schützt es sie jedoch nicht vor falschen Schlüssen, etwa im Blick auf das in diesem Abschnitt weiter unten genannte Omnipotenzproblem. Das BMZ ist hier spezifisch gefordert, weil die Vermittlung einer Gesamtschau ein gutes Querschnittswissen zur Voraussetzung hat, das zuallererst beim BMZ vorausgesetzt werden muss. Keine entwicklungspolitische Institution in Deutschland besitzt einen thematisch und instrumentell breiteren Aufgabenkatalog. Deshalb liegt auch der Auf-

trag des BMZ darin, in der Entwicklungspolitischen Bildung eine Katalysator- und Brückenbauerfunktion wahrzunehmen.

Schließlich ist es vorrangig, Angebote speziell für die Themen zu entwickeln, die in der Öffentlichkeit am häufigsten aufgeworfen werden. Nach Erhebungen des BMZ-Besucherdienstes sind es - in erstaunlicher Kontinuität - drei Fragen:

- Kommt die Hilfe an?
- Was wird bevölkerungspolitisch getan?
- Wie steht es um den globalen Umwelterhalt?

Insgesamt haben folgende Themen Vorrang:

- Die Entwicklungspolitik ist für das persönliche Leben aller Bürgerinnen und Bürger wichtig, weil die Bevölkerung Deutschlands in einer immer stärker interdependenten, d. h. global verflochtenen, Welt lebt. Der genannte Politikbereich verdient mehr Interesse und Beteiligung. (Deformation, auf die hier abgezielt wird: Die Öffentlichkeit stuft die Themen Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik als Fernproblematik ein.)
- Die Situation der Entwicklungs- und Transformationsländer ist enorm vielgestaltig. Pauschalurteile verbieten sich. Die Mechanismen der Presseberichterstattung („good news is no news“) begünstigen ein einseitig negatives Bild, das ständig der Korrektur bedarf. Zum Teil unvorstellbarer Not und größtem Unrecht stehen bemerkenswerte Erfolge gegenüber. (Beispiele: Höhere allgemeine Lebenserwartung, gesunkene Säuglings- und Kindersterblichkeit, auf dem Elternwillen basierend deutlich niedrigere Zahl der Geburten pro Frau. Deformation: das zu negative Gesamtbild der Entwicklungsländer in der deutschen Öffentlichkeit.)
- Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gehört zu den wichtigsten Einzelaufgaben der Entwicklungspolitik. Sie ist stets in eine Gesamtschau der entwicklungspolitischen Handlungsbereiche einzubetten. Die EZ, also die externen konzessionären Leistungen, darf nicht länger überbewertet

werden. Sie muss neben die Eigenanstrengungen der Entwicklungs- und Transformationsländer sowie die entwicklungspolitisch orientierten Reformen in den Industrieländern gestellt werden. Die beiden letztgenannten Bereiche besitzen für die Zukunft der Länder Asiens, Afrikas, Osteuropas und Lateinamerikas ein noch höheres Gewicht. (Deformation: die sogenannte Omnipotenzproblematik. Die Fachöffentlichkeit nutzt diesen Begriff, um das Problem zu beschreiben, dass die Hilfe von außen oft als alleinige Lösung für eine Notsituation dargestellt und empfunden wird. Dies führt zu der häufigen Frage, ob die Hilfe nicht versagt habe, wenn krasse Armut immer noch bestehe.)

- Die Bürgerinnen und Bürger einer demokratischen Gesellschaft, die sich zum Prinzip nachhaltiger Entwicklung bekennt, sind aufgerufen, sich auf den unterschiedlichsten Gebieten entwicklungspolitisch einzusetzen. Neben der finanziellen Unterstützung gemeinnütziger Hilfswerke und Organisationen besitzen insbesondere das zivilgesellschaftliche entwicklungspolitische Engagement oder die gezielte Auswahlentscheidung als Konsument/-in (Stichwort „TransFair“) eine hohe Bedeutung. Niemand ist ohnmächtig. (Deformation: das verbreitete Ohnmachtssyndrom in der deutschen Öffentlichkeit.)

3. Zielgruppen sowie Kooperationspartner:

Auch unter Zielgruppengesichtspunkten verlangt der quantitativ bescheidene Titel 684 01 eine starke Prioritätensetzung. Vorrang genießen Multiplikatoren, insbesondere Lehrer/-innen, Journalisten/-innen und Mitarbeiter/-innen der Institutionen außerschulischer Bildung.

Im **schulischen Bereich** ist es Ziel des BMZ, nach dem Vorbild der Förderung des Verbandes der Grundschullehrer, der weithin anerkanntes Material bis einschließlich Sekundarstufe I herausgibt, ähnliche Kooperationen für den Sekundarbereich II und die Berufsschule einzugehen.

Außerschulisch beabsichtigt das BMZ, Multiplikatoren/-innen in den Bereichen anzusprechen, in denen das entwicklungspolitische Engagement noch fehlt oder gering ist, es sich aber um gesamtgesellschaftlich einflussreiche Partner handelt. Daher hat die Kooperation beispielsweise mit den Aus- und Fortbildungseinrichtungen der gewerblichen Wirtschaft und der Gewerkschaften Priorität.

Ebenfalls im außerschulischen Bereich verdient die Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen zum Stichwort kommunale Agenda 21 einen höheren Stellenwert.

4. Kriterien:

- Für **alle** nachfolgend dargestellten Instrumente der entwicklungspolitischen Bildung gelten insbesondere folgende Kriterien:
 - Die Maßnahme muss thematisch eindeutig in den Bereich der entwicklungspolitischen Bildung fallen. Sie hat daher eine oder mehrere der folgenden Fragen zu behandeln: Die Situation in den Entwicklungs- und Transformationsländern, die Verflechtungen zwischen diesen Ländern und den OECD-Staaten und/oder die Politik zwischen den Industrie-, Entwicklungs- und Trans-

formationsländern (einschließlich der Entwicklungszusammenarbeit).

- Das Vorhaben muss geeignet sein, die Zusammenhänge und Ursachen von politischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in den Industrie-, Entwicklungs- und Transformationsländern sichtbar zu machen. Über das pädagogisch gebotene Maß hinaus darf die Vielfalt der Perspektiven nicht verengt werden.

- Der Grundsatz, Kontroverses kontrovers darzustellen, muss beachtet werden. Auch eine engagierte politische Bildung muss sich jeder Form von Einseitigkeit enthalten.
- In deutlich stärkerer Form als bisher muss den Bürgerinnen und Bürgern in eingängiger, praktischer Form aufgezeigt werden, wie sie sich als Multiplikator/-in, Mitglied und Förderer von Organisationen der Zivilgesellschaft oder als Konsument/-in entwicklungspolitisch relevant engagieren können (sogenannter Handlungsbezug der Maßnahme).
- Speziell für die finanzielle Förderung der **Vorhaben nichtstaatlicher Träger** gelten folgende Kriterien:
- Der Antragsteller muss eine deutliche und angemessene Eigenleistung einbringen.
- Der Zuwendungsempfänger muss in Deutschland ansässig sein und hier seine Willensbildung vornehmen.
- Im Falle schulischer Maßnahmen muss das Vorhaben mit der KMK-Empfehlung „Eine Welt/Dritte Welt in Unterricht und Schule“ vom 28. Februar 1997 vereinbar sein.
- Die Maßnahme darf nicht der Selbstdarstellung (Öffentlichkeitsarbeit) oder Spendensammlung des Zuwendungsempfängers bzw. missionarischen Zielen einer Religionsgemeinschaft dienen. Sind höhere Spendeneinnahmen eine mittelbare Folge der Maßnahme, können Zusammenschlüsse mehrerer Träger bezuschusst werden. Das BMZ will den Spendenmarkt nicht einseitig beeinflussen.

5. Instrumente und Praxis:

Folgende Instrumente sind zu unterscheiden und dienen als Gliederung für die Ausführungen zur Praxis:

- Die Zuwendungen an in der Regel nichtstaatliche Träger.
- Die Erstellung von Print- und audio-visuellen Medien.
- Der Ankauf der nichtgewerblichen Rechte an Filmen und Audio-Produktionen.
- Die Finanzierung eines Referenten-Vermittlungsdienstes.

Für **alle** Instrumente gilt, dass die Maßnahmen Vorrang besitzen,

- bei denen möglichst viele Institutionen gemeinsam tätig werden,
- und zwar über einen längeren Zeitraum hinweg.

In der heutigen extremen Reiz- und Informationsüberflutung werden in der Mehrheit der Fälle nur noch die Schritte wahrgenommen, die dank ihrer breiten Trägerschaft einen erhöhten Aufmerksamkeitswert besitzen. Die

längerfristige Natur der einzelnen Planungen soll über den Wiederholungseffekt die jeweilige Botschaft besser verankern helfen.

- **Prioritäten bei der finanziellen Förderung in der Regel nichtstaatlicher Träger:**

Der prozentuale Anteil der Vorjahre (gut die Hälfte des Titels 684 01) wird beibehalten, jedoch der erhöhte Finanzrahmen dazu genutzt, **neue** Antragsteller mit innovativen Ansätzen zu fördern. Der 510,- Euro-Fonds („Aktionsgruppenfonds“) wird proportional zur Erhöhung des Titels 684 01 angehoben.

Verstärkt werden soll die internationale Kooperation und Vernetzung. Die gemeinsamen Maßnahmen mit den deutschsprachigen Ländern Österreich und Schweiz sollen ausgebaut, die deutsche Mitarbeit im Nord-Süd-Zentrum des Europarats zügig geklärt werden.

Die mit Beginn des Haushaltsjahres 1999 enorm gestiegene Zahl der Förderanträge zwingt zu einer noch stärkeren Prioritätenbildung.

Schon in der Vergangenheit wurden wegen knapper Mittel Buch- und Broschürenpro-

duktionen abgelehnt, die nicht Teil eines breiter angelegten Bildungsprozesses waren. Entsprechendes galt für Anträge, die Periodika, Auslandsreisen oder wissenschaftliche Tagungen zum Gegenstand hatten.

Bis auf Weiteres werden **zusätzlich** folgende Maßnahmen abgelehnt:

- Entwicklungspolitische Bildungsveranstaltungen mit einem überwiegend kulturellen Angebot,
- Bildungsmaßnahmen, die um eine NRO-Mitgliederversammlung herum gruppiert sind.

- **Prioritäten bei der Erstellung von Print- und audio-visuellen Medien:**

Der bisherige Anteil an den Haushaltsmitteln (rund zehn Prozent) wird beibehalten. Das unter Volumen-Gesichtspunkten wichtigste Einzelvorhaben, die Produktion schulbuchbegleitender Broschüren für die Hand von Lehrern/-innen und Schülern/-innen durch einen beauftragten Verlag wird fortgesetzt und durch neue Komponenten verstärkt. (Ergänzung des Printmaterials durch eine CD-ROM und zusätzliche Angebote des Verlags für die Schüler/-innen und Lehrer/-innen im Internet.)

Um diesem schulbuchbegleitenden Material eine noch höhere Akzeptanz in den Schulen aller Bundesländer zu verschaffen und die Inhalte weiter zu qualifizieren, wird das BMZ jetzt regelmäßig die Mitglieder der KMK im Beraterkreis des BMZ für die Entwicklungspolitische Bildung in Schulen an der Textkonzeption und -prüfung beteiligen.

- **Prioritäten beim Ankauf der nicht gewerblichen Rechte an Filmen und Audio-Produktionen (inkl. Filmvervielfältigung und Bezuschussung des Verleihs in den öffentlichen Medienzentren):**

Auch dieses Instrument soll seinen Anteil am Mittelvolumen des Titels 684 01 (rund ein Drittel) behalten, jedoch noch stärker auf die in Ziffer 2 genannten thematischen Prioritäten zugeschnitten werden. Wie bisher wird sich das BMZ an der Produktion von Filmen nur sehr selten beteiligen und

grundsätzlich den Nachweis eines schon gesicherten Sendeplatzes verlangen.

- **Prioritäten beim Referenten-Vermittlungsdienst:**

Die bisherige Funktion der Europäischen Bildungs- und Aktionsgemeinschaft (BAG) e.V. Bonn, die rund fünf Prozent der Mittel des Titels 684 01 band, hat sich bewährt. Sie unterstützt die Veranstalter entwicklungspolitischer Tagungen, indem sie ihnen geeignete Referenten/-innen vermittelt und ggf. die Reise- und Honorarkosten übernimmt. Erhöhungen des Titels 684 01 werden genutzt, diese Arbeit zu verstärken.